

SVP-Leader Christoph Blocher (81) will Nato-Annäherung verhindern

«Die Volksinitiative zur Neutralität kommt!»

Blick: Herr Blocher, FDP-Chef Thierry Burkart fordert eine Kooperation mit der Nato.

Christoph Blocher: In einer Krise sollte man eine langfristig bewährte Strategie nicht über den Haufen werfen, nur weil dies gerade gut aussieht. Die Neutralität schützt die Schweiz seit 200 Jahren vor Krieg. Daran müssen wir festhalten. Wir dürfen uns nicht der Nato zuwenden: Sie ist im Gegensatz zur schweizerischen Armee eine Angriffsarmee.

Mit Ländern wie Deutschland oder Frankreich könnten wir uns effektiver wehren, wenn wir mit ihnen trainiert haben.

Theoretisch schon. Aber sind Sie sicher, dass uns Frankreich oder Deutschland tatsächlich zu Hilfe eilen würden? Man sollte sich hier keine Illusionen machen. Die haben wir uns auch im Zweiten Weltkrieg nicht gemacht. Wir wussten, dass wir überrannt würden bei einem Angriff der Nazis. Aber wir hätten uns ins Réduit zurückgezogen und maximalen Widerstand geleistet. Nazideutschland hätte mit erheblichen Verlusten rechnen müssen, hätte es die Schweiz angegriffen. Der Eintrittspreis in diesen glaubwürdigen neutralen Staat wäre zu hoch gewesen.

Manöver mit der Nato lehnen Sie ab?



Für Christoph Blocher ist die Schweiz seit der Übernahme der Sanktionen selbst im Krieg.

Herr Burkart spricht ja von Nato-Manövern im Ausland. Was heisst das? Wieso im Ausland? Wir müssen doch die Schweiz verteidigen!

Und wegschauen, wenn ein Land angegriffen wird?

Nicht wegschauen, aber den Kopf nicht vertieren. Wirtschaftssanktionen sind ein Kriegsmittel. Seit wir uns an diesen beteiligen, sind wir im Krieg. Die Schweiz hat ihre dauernd bewaffnete umfassende Neutralität preisgegeben. Zudem nützt die Teilnahme an diesen Sanktionen nichts. Diese Brotsperre trifft die ärmsten Menschen in Russland, nicht Herrn Putin und seine Leute, die den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine verantworten. Der Bundesrat hat einen grossen Fehler gemacht. Die Schweiz darf sich nicht mit Sanktionen am Krieg

beteiligen, sonst wird sie in den Krieg hineingezogen.

Wir stellen klar, dass wir Angriffskriege verurteilen.

Dieser Angriff auf den unabhängigen Staat ist zu verurteilen, ja. Aber die ganze Welt hat das Vertrauen in die schweizerische Neutralität verloren! Da mögen

«Der Bundesrat hat einen grossen Fehler gemacht.»

einige Akademiker noch lange etwas anderes behaupten, und die Medien können das nachbeten, so oft sie wollen. Entscheidend ist, welche Wirkung unser Neutralitätsbruch weltweit hat.

Solches Handeln muss Folgen haben.

Und was nützen diese Sanktionen? Ein Kriegsmittel, das die Leute aushungern soll, einem selbst aber kaum schadet? Die EU beschliesst zwar Sanktionen, aber jedes EU-Land schliesst jene Sanktionen aus, die ihm selbst schaden: Deutschland will weiterhin russisches Gas, Italien soll die Modeindustrie ausklammern und Belgien den Diamanthenandel. Wir wären besser neutral geblieben, und damit wir das künftig bleiben, gehört die dauernde Neutralität in die Verfassung!

Sie sprechen von Ihrer Initiative. Kommt sie?

Genau. Es ist zentral, dass wir die umfassende Neutralität in unserer Bundesverfassung verankern. Wir haben verschiedene Verfassungstexte. Möglich wäre ein Zusatz zu Artikel 185 der Bundesverfassung, der den Bundesrat schon heute verpflichtet, die Unabhängigkeit, die Sicherheit und Neutralität zu wahren. Neu müsste es zusätzlich heissen: Die schweizerische Neutralität ist dauernd, bewaffnet, umfassend, wie sie es immer war. Das ist das Minimum, das in die Verfassung muss.

Sie könnten sich noch mehr vorstellen?

Es gibt Leute, die finden, man müsste eine Formulierung fin-

den, die auch ausschliesst, dass die Schweiz in den Uno-Sicherheitsrat kommen kann. Man sollte die Initiative aber nicht überladen. Natürlich nützt die Initiative nichts mehr für den Ukraine-Krieg. Aber für kommende Kriege soll die Neutralität gesichert werden.

Nur weil wir die Neutralität fest-schreiben, sind wir nicht neutraler. Sie muss völkerrechtlich anerkannt werden. Es hat keine Folgen, wenn sich Nordkorea als neutral bezeichnet.

Ja, aber wir haben diese Tradition. Wir haben die internationale Anerkennung, dass wir umfassend neutral sind. Und genau dieses Ansehen hat der Bundesrat nun beschädigt. Mit der Volksinitiative möchten wir in der Verfassung sichern, was wir immer gehabt haben.

Und wann lancieren Sie die Initiative?

Wie gesagt, wir sind an der Finalisierung des Initiativtextes. Wir müssen nichts über den Zaun brechen. Wir treten jetzt an verschiedene Organisationen heran, ob sie sich beteiligen möchten. Die Nachfolgeorganisation der Auns wird sicher mitmachen, die SVP wohl auch. Dann machen wir einen Kampfplan und starten sie. Ich versichere Ihnen aber: Die Volksinitiative kommt!

INTERVIEW: PASCAL TISCHHAUSER